

*Frau Präsidentin,
Herr Regierungsrat,
geschätzte Anwesende,*

Atomkraftwerke beinhalten ein riesiges Restrisiko, was bei einem möglichen Eintreffen eines Unfalls zu unermesslichen ungedeckten Schäden führen wird. Die heute bereitgestellten Beiträge würden bei einem schweren Unfall niemals ausreichen, um die Schadens- und Folgekosten nur annähernd zu decken. Einerseits besteht heute dadurch eine unzulässige Marktverzerrung zugunsten der AKW- Betreiber, da die wahren Kosten das Restrisikos nicht widerspiegelt werden und andererseits wäre im Falle eines möglichen Ereignisses die Schweiz und das sind wir alle, gar nicht in der Lage, diese Haftung überhaupt zu übernehmen. Mit der Überweisung dieser Standesinitiative für die Erhöhung der Deckungssumme der AKWs auf mindestens 500 Milliarden Franken pro Anlage, würde endlich auch etwas mehr Markttransparenz geschaffen dies etwa im Vergleich zu Anlagen welche der Nutzung von erneuerbaren Energien dienen. Denn eine volle Haftung, welche auch korrekt und marktüblich ist, würde den Preis der Kernenergie um bis zu 50 Rappen pro Kilowattstunde erhöhen. Die GLP- Fraktion kann und will diese heutige Marktverzerrung nicht mehr länger dulden und stimmt auch aus diesen Gründen dem Direktbeschluss von Martin Christen zu und bittet sie, dies auch zu tun.

Besten Dank.